

Beschlussauszug

11. Sitzung der Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck (HAUSHALTSSITZUNG) vom 26.09.2019

Ö 9.21.5 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Haushaltsbegleitbeschluss zur VO/2019/08082
Haushaltsplan 2020 - Gemeinwesenarbeit im Hochschulstadtteil beginnen

Status: öffentlich/nichtöffentlich **Beschlussart:** an Verwaltung / Ausschuss
zurück verwiesen
Zeit: 12:00 - 22:17 **Anlass:** Sitzung
Raum: Bürgerschaftssaal
Ort: Rathaus, 23552 Lübeck
Vorlage: VO/2019/08082-05 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Haushaltsbegleitbeschluss zur
VO/2019/08082 Haushaltsplan 2020 - Gemeinwesenarbeit im Hochschulstadtteil
beginnen

**BM Schalnat und BM Möller betreten während der Beratung zu TOP 9.21.5 den Saal und nehmen
an der Abstimmung teil.**

**BM Jansen verlässt während der Beratung zu TOP 9.21.5 den Saal und nimmt nicht an der
Abstimmung teil.**

Es sprechen BM Grädner, BM Treumann-Greiff und BM Puhle.

BM Puhle beantragt, den Antrag zu TOP 9.21.5 federführend in den Jugendhilfeausschuss und in den
Ausschuss für Soziales zu überweisen.

Es spricht BM Stolzenberg.

BM Stolzenberg beantragt, die Abstimmung punktweise durchzuführen.

BM Rathcke beantragt, den Antrag zu TOP 9.21.5 zusätzlich in den Ausschuss für Schule und Sport zu
überweisen.

Es sprechen erneut BM Grädner und BM Akyurt.

BM Akyurt gibt einen Änderungsantrag mit folgendem Wortlaut schriftlich zu Protokoll:

1) Der Bürgermeister wird aufgefordert ein Umsetzungskonzept aufzustellen. Und für die Planung und Umsetzung werden Mittel in Höhe von 30.000€ mit Sperrvermerk für das Haushaltsjahr 2020 eingestellt.

2) Überweisung zur Vorberatung federführend in den Jugendhilfeausschuss und den Sozialausschuss.

BM Zunft beantragt, den Antrag zu TOP 9.21.5 zusätzlich in den Hauptausschuss zu überweisen.

Es sprechen erneut BM Puhle und erneut BM Akyurt.

BM Rottloff nimmt ab 18:36 Uhr an der Sitzung teil.

Die Vorsitzende lässt zuerst über den Überweisungsantrag, in der durch BM Akyurt geänderten Fassung, in den Jugendhilfeausschuss und den Ausschuss für Soziales, mit der Maßgabe der erneuten Beratung in der Bürgerschaft abstimmen.

Abstimmungsergebnis über den Überweisungsantrag

in den Jugendhilfeausschuss (federführend) und den Ausschuss für Soziales,

mit der Maßgabe der erneuten Beratung in der Bürgerschaft:

Einstimmige Annahme

Nun lässt die Vorsitzende über den Überweisungsantrag, in der durch BM Akyurt geänderten Fassung, in den Schul- und Sportausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis über den Überweisungsantrag

in den Schul- und Sportausschuss:

Mehrheitliche Ablehnung

Ja-Stimmen: 21

Nein-Stimmen: 25

Nunmehr lässt die Vorsitzende über den Überweisungsantrag, in der durch BM Akyurt geänderten Fassung, in den Hauptausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis über den Überweisungsantrag

in den Hauptausschuss:

Mehrheitliche Ablehnung

Ja-Stimmen: 16

Nein-Stimmen: 30

Beschluss in geänderter Fassung(fett/kursiv):

Der Hochschulstadteil verändert sich.

Heute wohnen mehrere Tausend Menschen im Hochschulstadteil Stadtteil. Anfangs hauptsächlich junge Familien mit Kindern - 20 Jahre nach Baubeginn hat sich die Alters- und Sozialstruktur verändert.

Es gibt einen dringenden Bedarf nach einem Nachbarschaftszentrum, in welchem Gemeinwesenarbeit und/oder selbstorganisierte soziale und kulturelle Nutzungen stattfinden können.

1. ~~Der Bürgermeister wird beauftragt, bis Dezember 2019 zu prüfen, welche Räumlichkeiten hierfür von der Stadt zur Verfügung gestellt werden können, bzw. angemietet/umgebaut werden könnten. Insbesondere ist kurzfristig die zur Zeit (fast) leerstehende „OASE“ im Stadtteilzentrum in die vorrangige Betrachtung zu ziehen.~~

~~Für 2020 wird für die Gemeinwesenarbeit im Hochschulstadteil ein Betrag in Höhe von 30.000 € eingestellt. (Ansatz für Raumkosten/Mieten, Projektarbeit und Personalkosten für Verwaltung).~~

1) Der Bürgermeister wird aufgefordert ein Umsetzungskonzept aufzustellen. Und für die Planung und Umsetzung werden Mittel in Höhe von 30.000€ mit Sperrvermerk für das Haushaltsjahr 2020 eingestellt.

2) Überweisung zur Vorberatung federführend in den Jugendhilfeausschuss und den Sozialausschuss.

Die Vorsitzende unterbricht die Sitzung für die Abendpause.

Abendpause in der Zeit von 18:40 bis 19:18 Uhr.

Herr Puschadel übernimmt nach der Pause den Vorsitz.

**N I E D E R S C H R I F T****12. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2018/2023**

Sitzungstermin:	Dienstag, 05.11.2019	
Sitzungsbeginn:	16:05 Uhr	
Sitzungsende:	19:10 Uhr	
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck,	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Ingo Schaffenberg - SPD		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Aydin Candan - SPD		
Michelle Akyurt - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Gabriele Friemer - Die Unabhängigen		
Dr. Carsten Grohmann - CDU		
Bruno Hönel - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		ab 16.09 Uhr
Dr. Werner Vieler - AfD		
Aneta Wolter - CDU		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Sophie Bachmann - SPD und Lübecker Jugendring		
Nil Gersdorf - CDU		
Andreas Müller - Die Linke		
Andreas Schulze - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		Vertretung für: Frau Angelika Büche
Gabriele Ulrich - SPD		
Gregor Voht - FREIE WÄHLER & GAL		
Dr. Axel Walther - FDP		
Verwaltung		
Andrea Aewerdieck-Zorom - 1.160 - Frauenbüro		
Ulrich Kewitz - 2.500 Soziale Sicherung		
Heike Koslowski -		
Senator Sven Schindler - FB 2 - Wirtschaft und Soziales		
Anke Seeberger - 2000.2 - Stabsstelle Integration, FB 2		
Ulrike Tietz - 2.530		
Manuel Hertz - FBC FB 2		

Claudia Schwartz - Soziale Sicherung	
Vivien Wolgast - Jobcenter Lübeck	
Matthias Wulf - Soziale Sicherung	
Dr. Michael Hamschmidt - Gesundheitsamt	
Protokollführung	
Gitte Timmermann - Soziale Sicherung	
Gäste	
Christian Rettberg - Behindertenbeauftragter	
Joachim Tag - Jobcenter Lübeck	
Beiratsmitglieder	
Wolfgang Domeyer - Seniorenbeirat	
Entschuldigte Mitglieder	
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Angelika Büche - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	- entschuldigt -
Gäste	
Nadine Düsenberg -	Referentin zu TOP 3.4
Daniela Lückel -	Referentin zu TOP 7.2
Kathleen Weilemann -	Referentin zu TOP 3.3

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung von Niederschriften der vergangenen drei Sitzungen	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 03.09.2019	
2.2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.09.2019	
2.3	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 01.10.2019	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Anfrage AM Andreas Müller (DIE LINKE) Sanktionen SGB II Jobcenter	VO/2019/08225
3.2	Anfrage AM Andreas Müller (DIE LINKE): Zu Armut und Armutsgefährdung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Lübeck	VO/2019/08250
3.3	Offener Brief des Arbeitskreises Soziales zum Thema Wohnen (Frau Kathleen Weilemann, Caritas Nord)	
3.4	Bericht über die Tätigkeit der Lübecker Bahnhofsmision (Frau Nadine Düsenberg, Diakonisches Werk Lübeck e.V. Bahnhofsmision)	
3.5	NEU: mündlicher Bericht zur Situation der Geflüchteten in Lübeck	
3.6	NEU: Sachstand Wahl des Behindertenbeirates	
3.7	NEU: Info zur Mitteilung des Bürgermeisters zum Epunkt	
3.8	NEU: Situation im Bereich 2.500 Materielle Hilfen	
3.9	NEU: Anfrage Frau Bachmann zum Bundesteilhabegesetz	
3.10	NEU: Anfrage Herr Voht: Clearingstelle Stromsperrren	
4	Berichte	
4.1	Umsetzung der Handlungsempfehlungen aus dem Psychiatriebericht 2017	VO/2019/08186

4.2	Bericht zum Konzept "Sicher.Feiern.Lübeck"	
5	Beschlussvorlagen	
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	Antrag AM Andreas Müller: Beratungsstelle energetischer Sanierungen	VO/2019/08251
7.2	AM Ingo Schaffenberg, AM Aydin Candan, AM Sophie Bachmann, AM Gabriele Ulrich (alle SPD), AM Carsten Grohmann, AM Aneta Wolter, AM Nil Gersdorf (alle CDU), AM Michelle Akyurt, AM Bruno Hönel, AM Andreas Schulze (Alle Die Grünen), AM Gregor Voht (FW) und AM Andreas Müller (Die Linke): Dringlichkeitsantrag - Resolution "Medizinische Versorgung am UKSH sichern"	VO/2019/08310
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	

Nichtöffentlicher Teil:

10	Genehmigung der nichtöffentlichen Teile von Niederschriften der vergangenen drei Sitzungen	
10.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 03.09.2019	
10.2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.09.2019	
10.3	Genehmigung der Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 01.10.2019	
11	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
12	Berichte	
13	Beschlussvorlagen	
14	Verschiedenes	

Öffentlicher Teil:

15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	
----	---	--

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Der Vorsitzende begrüßt Frau Düsenberg von der Gemeindediakonie Lübeck e.V. - Bahnhofsmision, Frau Kathleen Weilemann vom Arbeitskreis Soziales sowie Frau Lückel und Frau Heynatzky vom Frauennotruf Lübeck e.V. .

Der Vorsitzende erläutert, dass es eine Umbenennung des TOPs 4.1 in TOP 3.3 sowie des TOPs 4.2 in TOP 3.4 gibt, weil die systematische Zuordnung gem. der neuen Allris-Vorgaben damit richtiggestellt wird.

Ferner lässt der Vorsitzende über die Dringlichkeit der auf der Nachtragstagesordnung stehenden TOP 4.2 und TOP 7.2 abstimmen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kennntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

Der Zuordnung der Tagesordnungspunkte 10 bis 14 zum nichtöffentlichen Teil der Sitzung wird einstimmig zugestimmt.

Die Tagesordnung ist damit in der erweiterten Fassung festgestellt.

zu 2 Genehmigung von Niederschriften der vergangenen drei Sitzungen

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 03.09.2019

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.09.2019

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 2.3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 01.10.2019

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen
--

Herr Hönel erscheint um 16:09 Uhr zur Sitzung.

zu 3.1 Anfrage AM Andreas Müller (DIE LINKE) Sanktionen SGB II Jobcenter Vorlage: VO/2019/08225

Hierzu trägt Frau Wolgast vor und weist zudem auf den veröffentlichten Kreisreport Grundsi-
cherung SGB II hin, der die aktuellen Daten enthält. Zudem erklärt Frau Wolgast, dass es
seitens des Jobcenters keine Verpflichtung gibt, dem Ausschuss für Soziales zu berichten.
Anfragen könnten von den Fraktionen an den Beirat des Jobcenters gestellt werden, wo die-
se beantwortet werden.

Herr Tag gibt eine kurze Information zum heutigen Urteil des Bundesverfassungsgerichtes.
Eine vorbereitete Präsentation wird der Niederschrift beigelegt.

Hierzu sprechen Herr Müller, Herr Schaffenberg und Herr Voht.

Anfrage:

1. Wie hoch war die offizielle Sanktionsquote beim Jobcenter Lübeck jeweils monatlich in der
Wahlperiode der Bürgerschaft 2013-2018 und bisher in der Wahlperiode der Bürgerschaft
2018-2023?
2. Wie viele Leistungsberechtigte nach dem SGB II gab es jeweils jährlich in den Jahren
2013 bis 2019 beim Jobcenter Lübeck?
3. Wie viele Leistungsberechtigte wurden jeweils in den Zeiträumen aus Frage 1 sanktioniert
und welche Sanktionen wurden ausgesprochen?
4. Wie hoch war
 - a) die durchschnittliche Sanktion in €,
 - b) die niedrigste Sanktion in € und
 - c) die höchste Sanktion in €?
5. Wie lang war/ist
 - a) der durchschnittliche Sanktionszeitraum?
 - b) der kürzeste Sanktionszeitraum?
 - c) der längste Sanktionszeitraum?
6. Bitte geben Sie für die Zeiträume aus Frage 1 die Werte aus den Fragen 3 bis 5 auch für
den jeweiligen Sanktionsgrund an und wie viele Kinder jeweils betroffen waren!
7. Wie vielen Sanktionen wurde widersprochen?
8. Gegen wie viele Sanktionen wurde geklagt?
9. Wie viele Widersprüche und Klagen waren erfolgreich?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.2 Anfrage AM Andreas Müller (DIE LINKE): Zu Armut und Armutsgefährdung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Lübeck
Vorlage: VO/2019/08250**

Frau Schwartz trägt dazu vor, dass eine Erfassung aller in der Anfrage geforderten Daten nicht erfolgt und insbesondere die Jahreszahlen 2019 noch nicht vorlägen. Sie schlägt vor, den Indikatorenbericht weiter fortzuschreiben.

Hierzu sprechen Herrn Schaffenberg, Herr Müller und Herr Schulze..

Anfrage:

1. Wie viele Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in den Altersgruppen 0-u18 und 18-u27 Jahre lebten in den Jahren 2010 bis 2019 in Lübeck und wie viele von ihnen sind von Armut betroffen oder bedroht? (Bitte gesondert aufführen, ob mit oder ohne Migrationshintergrund)
2. Wie viele Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in den Altersgruppen 0-u18 und 18-u27 Jahre lebten in den Jahren 2010 bis 2019 in Lübeck in Haushalten, die Sozialleistungen (Grundsicherung nach dem SGB II, Wohngeld, Grundsicherung im Alter sowie bei Erwerbsminderung) bezogen haben? (Bitte jährlich nach Familien mit zwei Erziehungsberechtigten in einem Haushalt sowie Alleinerziehenden und Anzahl der Kinder pro Familien unterscheiden sowie nach Sozialleistung getrennt auflisten.)
3. Wie viele Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in den Altersgruppen 0-u18 und 18-u27 Jahre lebten in den Jahren 2010 bis 2019 in Lübeck lebten in den Jahren 2010 bis 2019 in Bedarfsgemeinschaften, in denen Arbeitslosengeld II zur Aufstockung des Einkommens aus einer Erwerbstätigkeit zur Sicherung des Existenzminimums bezogen wurde? (Bitte jährlich nach Familien mit zwei Erziehungsberechtigten in einem Haushalt sowie Alleinerziehenden und Anzahl der Kinder pro Familien unterscheiden.)
4. Wie viele Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in den Altersgruppen 0-u18 und 18-u27 Jahre lebten in den Jahren 2010 bis 2019 in Lübeck lebten in den Jahren 2010 bis 2019 in Familien, die an und unter der Mindesteinkommensgrenze lebten und keine sozialen Transferleistungen bezogen? (Bitte jährlich nach Familien mit zwei Erziehungsberechtigten in einem Haushalt sowie Alleinerziehenden und Anzahl der Kinder pro Familien unterscheiden.)
5. Wie viele Familien haben in den Jahren 2010 bis 2019 einen Antrag bzw. mehrere Anträge auf Kinderzuschlag bei der Familienkasse der Bundesagentur für Arbeit gestellt?
6. Wie viele Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in den Altersgruppen 0-u18 und 18-u27 Jahre lebten in den Jahren 2010 bis 2019 in Lübeck lebten in den Jahren 2010 bis 2019 in Familien mit Bezug von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz? (Bitte jährlich nach Familien mit zwei Erziehungsberechtigten in einem Haushalt sowie Alleinerziehenden und Anzahl der Kinder pro Familien unterscheiden.)

7. Welche besonderen Maßnahmen hat die Verwaltung in Lübeck eingeleitet/will die Verwaltung in Lübeck und bis wann einleiten, um die Armut von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Lübeck gezielt zu bekämpfen.
8. Gibt es in Lübeck konkrete Vorhaben, in denen Lübeck bereits mit der Bundesregierung und/oder dem Land (Land einfügen) koordiniert und abgestimmt zusammen arbeitet, um der Kinderarmut wirkungsvoll zu begegnen?

Insbesondere die Fragen 7 und 8 sind mir sehr wichtig.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.3 Offener Brief des Arbeitskreises Soziales zum Thema Wohnen
(Frau Kathleen Weilemann, Caritas Nord)**

Die VertreterInnen des Arbeitskreises Soziales erläutern die prekäre Situation auf dem Lübecker Wohnungsmarkt für Menschen mit und ohne Zugangsproblemen und stellen hierzu auch einige Beispielfälle vor.

Es wird auf den Offenen Brief des Arbeitskreises Soziales vom 24.10.2019 an den Bürgermeister verwiesen.

Herr Senator Schindler erläutert hierzu, dass das Thema Wohnen bereits zur Chefsache geworden ist und berichtet von den Bemühungen zusätzlichen Wohnraum zu schaffen.

Es hat zudem das „Fachgespräch Wohnungsbau“ beim Bürgermeister am 20. September 2019 stattgefunden, bei dem auch Frau Senatorin Hagen und Herr Senator Hinsen zugegen waren. Herr Senator Schindler konnte diesen Termin trotz Einladung nicht wahrnehmen, da er zeitgleich bei dem Lübecker Bauverein eingeladen war.

Herr Wulff fügt noch hinzu, dass ein guter Austausch mit dem Innenministerium hierzu besteht.

Hierzu sprechen Frau Akyurt, Herr Voht, Herr Candan und Herr Müller.

Auf Nachfrage nach dem Inhalt des Offenen Briefes erklärt Herr Dr. Grohmann, dass dieser den sozialpolitischen Sprechern der Fraktionen der Bürgerschaft zugegangen ist.

Frau Akyurt richtet hierzu die Bitte an den Bürgermeister, dass bei einem künftigen Fachgespräch zum Wohnungsbau auch die sozialpolitischen Sprecher der Fraktionen eingebunden werden.

Der Arbeitskreis Soziales begrüßt diesen Vorschlag und teilt abschließend mit, dass am 14.11.2019 in der Zeit von 15.00 Uhr bis 20.00 Uhr eine Informationsveranstaltung vor dem Rathaus geplant ist.

Frau Akyurt stellt den Antrag, dass der Ausschuss für Soziales den Offenen Brief des Arbeitskreises Soziales vom 24.10.2019 unterstützt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.4 Bericht über die Tätigkeit der Lübecker Bahnhofsmision
(Frau Nadine Düsenberg, Diakonisches Werk Lübeck e.V. Bahnhofsmision)**

Frau Düsenberg stellt die Arbeit der Bahnhofsmision vor und verteilt ein Informationsblatt. Sie lädt die Ausschussmitglieder ein, sich die Einrichtung anzuschauen.

Hierzu sprechen Herr Müller, Frau Bachmann und Frau Wolter.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.5 NEU: mündlicher Bericht zur Situation der Geflüchteten in Lübeck

Hierzu trägt Herr Kewitz vor, dass aktuell an 33 Standorten insgesamt 1365 Geflüchtete untergebracht sind. Es handelt sich um 584 Haushalte zwischen 1-Personen Haushalte und Familienverbände mit bis zu 12 Personen in 2019.

Bis zum 30.09.2019 sind bisher 320 Geflüchtete in Lübeck neu untergebracht worden und 460 Personen haben die Unterkünfte verlassen.

Im Vergleich dazu sind im gleichen Zeitraum im Vorjahr 387 Geflüchtete neu gekommen und 568 Personen ausgezogen.

Ferner berichtet er davon, dass der von der Bürgerschaft beschlossene Entzerrungsbeschluss inzwischen zu 85 % umgesetzt wurde, d.h. 15 % und damit 85 Haushalte/378 Personen sind noch nicht gem. des Beschlusses untergebracht.

Abschließend berichtet er davon, dass zwei Container-Standorte mit insgesamt 55 Plätzen (Schlutuper Straße und Fabrikstraße) zum Juni 2020 aufgegeben werden und ein neuer Standort Dornbreite (Eckhorster Straße) mit 24 Wohnungen entstehen wird.

Die Informationsveranstaltung für die Bevölkerung findet bereits am 13.11.2019 statt.

Hierzu sprechen Herr Dr. Fiedler, Herr Müller, Herr Candan und Frau Wolter.

	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	

Abstimmungsergebnis	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.6 NEU: Sachstand Wahl des Behindertenbeirates

Herr Senator Schindler berichtet über den Sachstand zur Wahl des Behindertenbeirates, welche vom Bereich Wahlen durchgeführt wird.

Es ist geplant, bereits in der Novembersitzung der Bürgerschaft eine entsprechende Vorlage einzubringen.

Hierzu sprechen Herr Voht, Herr Müller und Herr Rettberg (Behindertenbeauftragter).

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.7 NEU: Info zur Mitteilung des Bürgermeisters zum Epunkt

Herr Senator Schindler berichtet über den Sachstand zum Thema Epunkt und von der Planung, dass bis Mitte Februar eine entsprechende Vorlage erarbeitet sein und dem Ausschuss für Soziales sowie der Bürgerschaft vorliegen soll.

Hierzu sprechen Herr Voht, Herr Dr. Grohmann, Frau Bachmann und Herr Müller.

Frau Akyurt bittet bis zur Sitzung im Dezember um eine Mitteilung, ob diese Zeitschiene damit ein Problem für die MitarbeiterInnen des Epunktes darstellt, die, nach den Ausführungen von Herrn Dr. Delius, nur bis Ende des Jahres angestellt sind.

Sitzungsunterbrechung von 18.45 Uhr bis 18.55 Uhr

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	

	Ohne Votum	
--	------------	--

zu 3.8 NEU: Situation im Bereich 2.500 Materielle Hilfen

Frau Schwartz berichtet über die Arbeitssituation im Bereich Team Materielle Hilfen. Sie erläutert, dass die personelle Ausstattung problematisch ist, da aktuell nur 50 % der MitarbeiterInnen vollständig eingearbeitet sind. Die anderen KollegInnen sind neu, noch nicht vollständig eingearbeitet und haben somit keine eigenen Aktenrate oder die Stellen sind noch nicht besetzt.

Sie betont darüber hinaus, dass die hohe Verantwortungsgefühl der KollegInnen dazu führt, dass trotz der prekären personellen Situation bisher keine nennenswerten Rückstände festzustellen sind.

Sie berichtet von den getroffenen Maßnahmen, wie z.B. Serviceeinschränkungen, damit dieses auch weiterhin so bleiben kann.

Hierzu sprechen Frau Akyurt, Frau Ulrich und Frau Wolter.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kennntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.9 NEU: Anfrage Frau Bachmann zum Bundesteilhabegesetz

Frau Bachmann bittet um die Beantwortung der nachstehenden Fragen:

- Welche Maßnahmen werden durchgeführt, um die betroffenen Menschen von den Veränderungen zu informieren?
- Gibt es Informationen in leichter Sprache?
- Wie ist der Aktuelle Stand im Land zum neuen Bedarfsermittlungsinstrument? Ist der Abstimmungsprozess abgeschlossen und können die entsprechenden Erhebungsbögen den betroffenen Menschen und Institutionen zugänglich gemacht werden?
- Wie ist der Stand bei der Besetzung der für das BTHG im Fachbereich 2 genehmigten Stellen?

Frau Schwartz beantwortet die Anfrage und berichtet von den getroffenen Maßnahmen und den geplanten nächsten Schritten für die Umsetzung. Weiterhin erklärt sie, dass man zuversichtlich sei, die Stellen im Bereich für diese Aufgabe besetzen zu können.

Frau Tietz erläutert Probleme bei der Besetzung der neuen Stellen im Gesundheitsamt, da die BewerberInnenzahlen bei den vorherigen Ausschreibungen recht gering waren und zunächst wegen fehlender Räumlichkeiten auch keine Ausschreibungen vorgenommen werden konnten. Weitere Stellen sind inzwischen aber im Ausschreibungsverfahren.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.10 NEU: Clearingstelle Stromsperren

Herr Voht fragt nach, wie Betroffene die vom Ausschuss für Soziales beschlossene Clearingstelle zu Stromsperren finden können und ob es dazu aktuelle Fallzahlen gibt.

Frau Wolgast führt aus, dass hierzu keine Veröffentlichungen erfolgt sind, sondern die Stelle quasi sie selbst bei KundenInnen des Jobcenters und Herr Langhans von der Sozialen Sicherung bei deren Kunden und bei Nicht-LeistungsbezieherInnen ist.

Die KundenInnen der Stadtwerke Lübeck werden von dort bei einer drohenden Stromsperre über diese Kontaktstellen informiert.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4 Berichte

**zu 4.1 Umsetzung der Handlungsempfehlungen aus dem Psychiatriebericht 2017
Vorlage: VO/2019/08186**

Hierzu sprechen Herr Hönel und Herr Voht.

Beschluss:

Auftrag aus dem Ausschuss für Soziales vom 04.12.2018: „Konzepterstellung für die Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Gesundheitsamtes zum Psychiatriebericht 2017 (VO/2018/06779).“

	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	

Abstimmungsergebnis	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4.2 Bericht zum Konzept "Sicher.Feiern.Lübeck"

Frau Lückel und Frau Heynatzky vom Frauennotruf e.V. Lübeck präsentieren das Konzept „Sicher.Feiern.Lübeck“ und stellen den aktuellen Stand vor.

Hierzu sprechen Frau Bachmann , Herr Dr. Grohmann, Frau Friemer, Frau Gersdorf, Herr Voht, Frau Akyurt, Herr Müller und Herr Candan.

Frau Bachmann stellt den Antrag:

„ Der Sozialausschuss hat das neue Konzept des Frauennotrufs „Sicher.Feiern.Lübeck“ zur Kenntnis genommen. Die 10.000,00 EUR, die ursprünglich für das Projekt „Ist Luisa hier?“ gedacht waren, sollten auf das neue Konzept umgewidmet werden.
Wir beschließen die Mittelfreigabe.“

Frau Akyurt bittet um die Abbildung des Finanzplanes als Anhang zur Niederschrift.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	12
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	3
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

**zu 7.1 Antrag AM Andreas Müller: Beratungsstelle energetischer Sanierungen
Vorlage: VO/2019/08251**

Der Vorsitzende erläutert, das hier kein Beschluss gefasst werden kann, da dieses finanzielle Auswirkungen hat und damit die Kompetenzen des Ausschuss für Soziales überschreitet.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales möge beschließen:

die Stadt schafft eine Beratungsstelle zur proaktiven Unterstützung und Information von Mieter*innen, die von sozialen Auswirkungen energetischer Sanierungen betroffen sind. Diese berät Mieter*innen in enger Abstimmung mit dem Mieterverein und bestehenden Beratungsstellen bei Problemen infolge energetischer Sanierungen, sowohl rechtlich, als auch persönlich und leistet bereits bei der ersten Kenntnis von neuen Sanierungsprojekten aktive Hilfestellung bei Auseinandersetzungen mit Vermietern. Die Beratungsstelle arbeitet dabei ebenso Hand in Hand mit den Jobcentern und sozialen Trägern. Hierfür werden Finanzmittel von höchstens 50.000 Euro pro Jahr im Haushalt vorgesehen. Über die Arbeit der Beratungsstelle ist dem Sozialausschuss, sowie dem Bauausschuss regelmäßig Bericht zu erstatten.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	1
	Nein-Stimmen	13
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 7.2 AM Ingo Schaffenberg, AM Aydin Candan, AM Sophie Bachmann, AM Gabriele Ulrich (alle SPD), AM Carsten Grohmann, AM Aneta Wolter, AM Nil Gersdorf (alle CDU), AM Michelle Akyurt, AM Bruno Hönel, AM Andreas Schulze (Alle Die Grünen), AM Gregor Voht (FW) und AM Andreas Müller (Die Linke):

Dringlichkeitsantrag - Resolution "Medizinische Versorgung am UKSH sichern"

Vorlage: VO/2019/08310

Hierzu sprechen Herr Dr. Grohmann, Dr. Walther und Frau Wolter.

Herr Dr. Grohmann schlägt vor, den letzten Absatz des Beschlussvorschlages zu streichen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	15
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Beschluss:

Die medizinische Versorgung in Lübeck und Umgebung wird durch das UKSH und die Sana-Klinik auf hohem Niveau gewährleistet. Mit Sorge sehen die Mitglieder des Sozialausschusses der Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck, dass sich am UKSH eine Eskalation eines seit Jahren schwelenden Streites abzeichnet:

Arbeitszeitverdichtung und Fachkräftemangel machen auch vor Lübeck nicht Halt und führen zu Mehrbelastungen der Beschäftigten. Wir sind allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu großem Dank für ihren besonderen Einsatz verpflichtet. Nur gut ausgestattete und auskömmlich entlohnte Pflegekräfte können dafür sorgen, dass die Lübeckerinnen und Lübecker auch weiterhin gut aufgehoben sind am Campus Lübeck des UKSH.

Hiermit appellieren wir an den Vorstandsvorsitzenden des UKSH, Herrn Jens Scholz, die Landesregierung von Schleswig-Holstein und die Beschäftigten, dem Versorgungsauftrag des UKSH für Lübeck nachzukommen und eine Eskalation unbedingt zu verhindern. Dabei legen wir Wert auf gesetzeskonforme Mindestpersonalstärke auf den Stationen und eine den individuellen Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten angepasste Betreuung durch Ärztinnen und Ärzte sowie Pflegefachpersonal.

Wir glauben, dass intensive Gespräche auch über Haustarifvereinbarungen eine Lösung für die Vergütung und das spontane Einspringen für Schichten ermöglichen können. Ein Streik mit dem konsekutiven Schließen von Stationen sollte aber unbedingt vermieden werden, weil er zu Lasten von Patientinnen und Patienten geht.

~~Wir haben uns heute im Sozialausschuss durch Vertreterinnen und Vertreter der Pflege am UKSH in Lübeck ein Bild über die Situation machen können und bitten die Landesregierung hier vermittelnd und positiv einzuwirken, über Haustarifvereinbarungen zu sprechen, welche den Besonderheiten des UKSH gerecht werden um die Maximalversorgung in Kiel und Lübeck weiterhin mit motiviertem Personal auf höchstem Niveau zu gewährleisten.~~

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

zu 8 Verschiedenes

Der Vorsitzende verweist auf die nächste Sitzung am 3.12.2019 im Verwaltungszentrum Mühlentor. Er berichtet, dass die an diesem Tag geplante Sitzung bei der Vorwerker Diakonie erst im Februar stattfinden wird, damit allen eine Teilnahme an der Veranstaltung „Stunde der Begegnung“ im Rathaus möglich ist.

zu 9 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 19:05 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum. Die Sitzung wird um 19:07 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

Nichtöffentlicher Teil:

zu 10 Genehmigung der nichtöffentlichen Teile von Niederschriften der vergangenen drei Sitzungen

zu 10.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 03.09.2019

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 10.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.09.2019

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 10.3 Genehmigung der Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 01.10.2019

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 11 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 12 Berichte

zu 13 Beschlussvorlagen

zu 14 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

Ende Nichtöffentlicher Teil: 19:09 Uhr

Öffentlicher Teil:

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Ende der Sitzung : 19:10 Uhr

Lübeck, den 25. November 2019

Ingo Schaffenberg
Vorsitz

Gitte Timmermann
Protokollführung